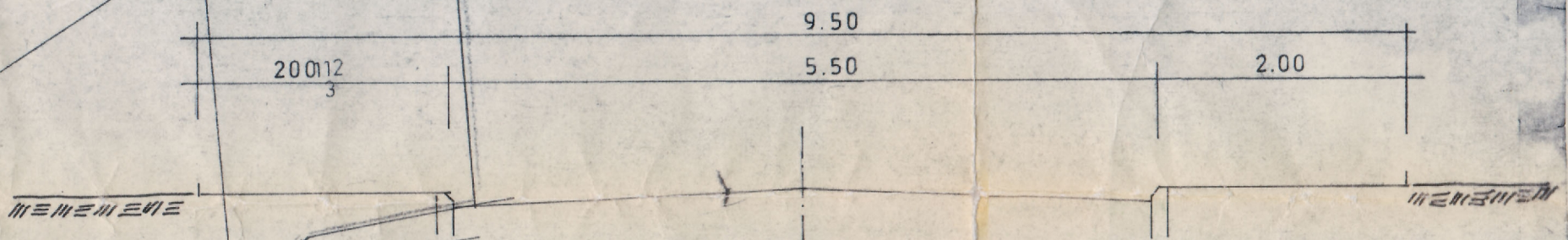


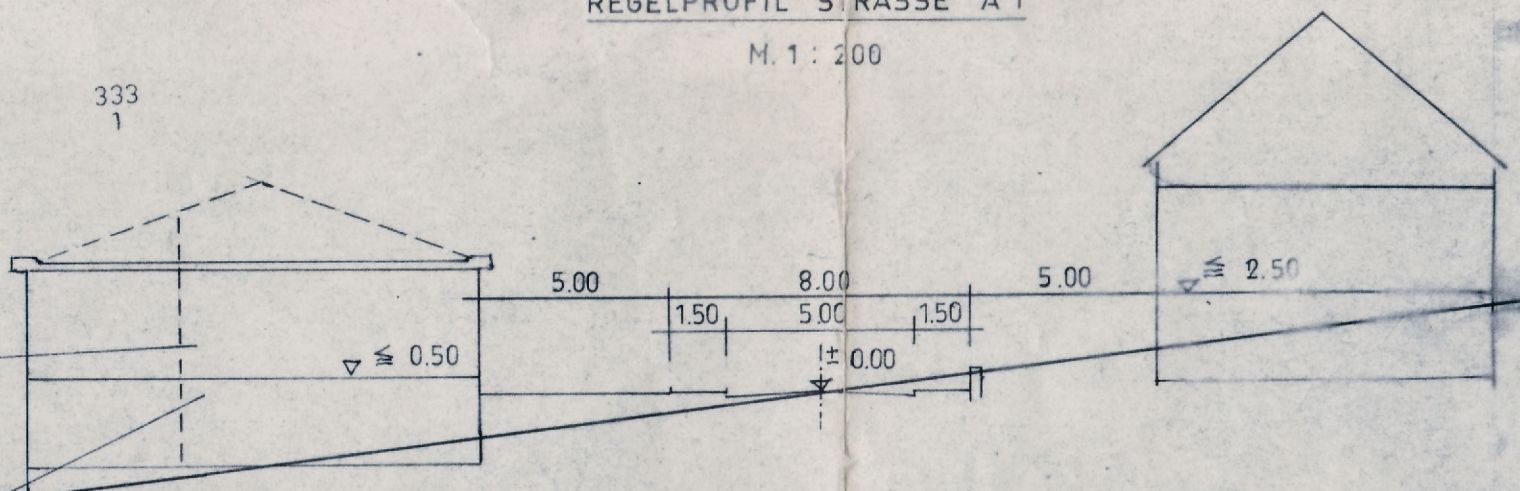
REGELPROFIL KIRSCHHOLZSTRASSE

M. 1 : 50



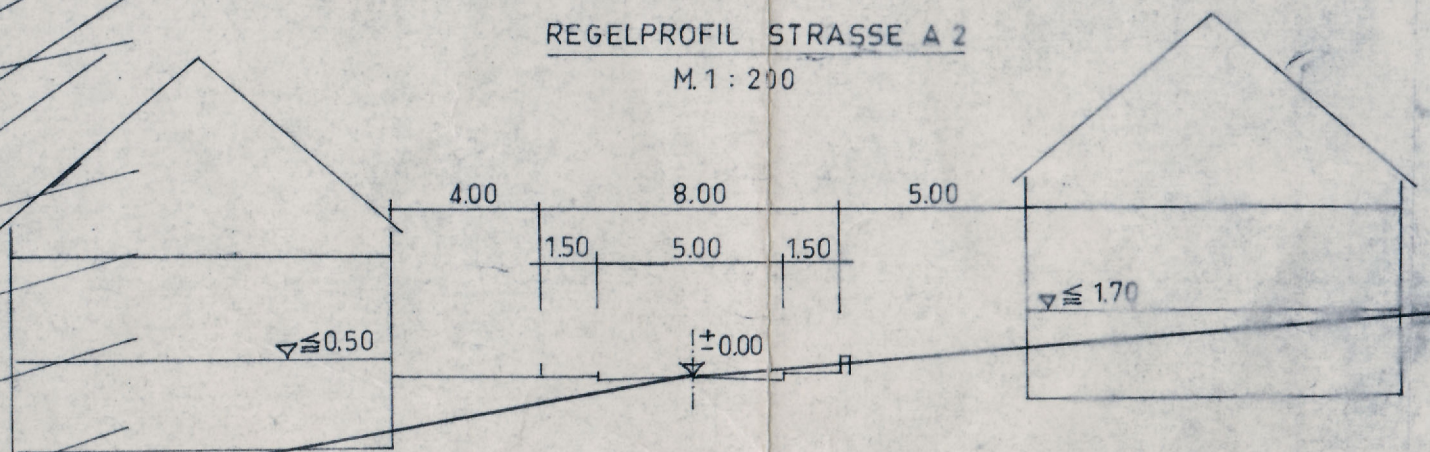
REGELPROFIL STRASSE A 1

M. 1 : 200



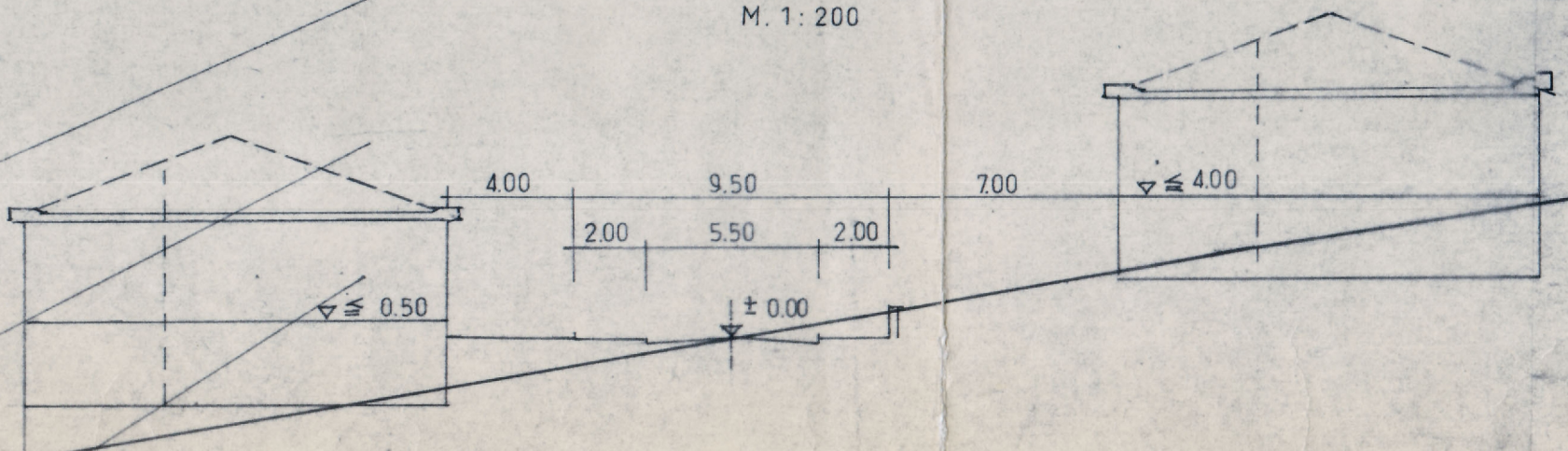
REGELPROFIL STRASSE A 2

M. 1 : 200



REGELPROFIL STRASSE A 3

M. 1 : 200



KIRSCHHOLZSTRASSE

der Gemeinde

LIMBACH

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 2 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde durch den Landrat, Kreisbauamt - Planungsstelle -.

Festsetzungen gemäß § 9 Absatz 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich: SIEHE ZEICHNUNG
2. Art der baulichen Nutzung:
 - 2.1 Baugebiet: REINES WOHNGEBIET
 - 2.1.1 zulässige Anlagen: WOHNGEBÄUDE
 - 2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen: * SIEHE § 3 (3) BAU NVO
 - 2.2 Baugebiet: ~~ENTFÄLLT~~ Allgemeines Wohngebiet
 - 2.2.1 zulässige Anlagen: F ~~ENTFÄLLT~~ Siehe § 4 (2) Bau NVO
 - 2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen: ~~ENTFÄLLT~~ Sonstige u. störende Gewerbebetriebe, Kleintierställe
3. Mass der baulichen Nutzung:
 - 3.1 Zahl der Vollgeschosse: SIEHE ZEICHNUNG
 - 3.2 Grundflächenzahl: SIEHE ZEICHNUNG
 - 3.3 Geschossflächenzahl: SIEHE ZEICHNUNG
 - 3.4 Bauweisezahl: ENTFÄLLT
 - 3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen: ENTFÄLLT
4. Bauweise: OFFENE EINZELHÄUSER
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen: SIEHE ZEICHNUNG
6. Stellung der baulichen Anlagen: SIEHE ZEICHNUNG
7. Mindestgröße der Baugrundstücke: 513 m²
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Masse von M Strassenkante Mitte Haus bis GK Erdgeschossfussboden): NACH BESONDERER EINWEISUNG
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken: INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf die Baugrundstücke: ENTFÄLLT
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf: ENTFÄLLT
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen: GESAMTER GELTUNGSBEREICH
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist: ENTFÄLLT
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung: ENTFÄLLT
15. Verkehrsflächen: SIEHE ZEICHNUNG
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen: NACH BESONDEREM PLAN
17. Versorgungsflächen: SIEHE ZEICHNUNG
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen: ENTFÄLLT
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwässern und festen Abfallstoffen: ENTFÄLLT
20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe: ENTFÄLLT
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen: ENTFÄLLT
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft: ENTFÄLLT
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen: SIEHE ZEICHNUNG
24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen: ENTFÄLLT
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind: ENTFÄLLT
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder beträchtlich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung: ENTFÄLLT
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern: DER VORGARTEN IST ALS ZIERGARTEN ANZULEGEN
28. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern: ENTFÄLLT

Aufnahme von

Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abt. S. 293).

SIEHE BESONDERE ANLAGE

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmalen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abt. S. 293).

ENTFÄLLT

AUSNAHMSWEISE ZULÄSSIG SIND NACH § 3 (3) BAU NVO

- * AUSNAHMSWEISE KÖNNEN LÄDEN UND NICHT STÖRENDE HANDWERKSBEREIBE DIE ZUR DECKUNG DES TÄGLICHEN BEDARFS FÜR DIE BEWOHNER DES GEBIETES DIENEN SOWIE KLEINE BETRIEBE DES BEHERBERGUNGSGEWERBES ZUGELASSEN WERDEN.

- F Zulässig sind
 1. Wohngebäude
 2. Die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden Schank- u. Speisewirtschaften sowie nicht störenden landwirtschaftliche Betriebe
 3. Anlagen f. kirchliche, kulturelle, soziale u. gesundheitliche Zwecke

1. Flächen, bei denen besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind: ENTFÄLLT
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmassnahmen gegen Naturgefahren erforderlich sind: ENTFÄLLT
3. Flächen, unter denen der Bergbau wegeht: ENTFÄLLT
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind: ENTFÄLLT

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

1.
2.
3.

Planzeichen- Erläuterung

	Geltungsbereich		BUNGALOW
	Bestehende Gebäude		VORGARTEN
	Geplante Gebäude		LEITUNGSRECHT DER YSE FÜR 10 KV-ERDKABEL
	Bestehende Strassen		LEITUNGSRECHT FÜR ENTWÄSSERUNGSKANAL BEST. U. GEPLANT
	Geplante Strassen		BESTEHEND
	Bestehende Grundstücksgrenzen		GEPLANT
	Geplante Grundstücksgrenzen		
	Paulinie		
	Baugrenze		
	Entwässerungsrichtung		
	Wasserleitung		
	Starkstromleitung		
	Garagen		
	OFFENE Bauweise		
	Geschosszahl		
	Grundflächenzahl		
	Geschossflächenzahl		
	Reines Wohngebiet		
	Allgemeines Wohngebiet		

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegt vom bis zum

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am beschlossen.

....., den 196...

Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den 25. AUGUST 1966

Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau

Im Auftrag IV-A-5-1562/66 - RH / KI

GEZ. WEYRATH

OBERREGIERUNGSBAURAT

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am ortsüblich bekanntgemacht.

....., den 196...

Der Bürgermeister

In der Gemeinderatsitzung vom 8. August 1968 hat der Gemeinderat beschlossen, die Art der baulichen Nutzung an der Strasse A5 (Beethovenstrasse) vom reinen Wohngebiet in allgemeines Wohngebiet abzuändern. Diese Änderung wird gemäß § 2 (1) BBauG durchgeführt. Der geänderte Plan hat gemäß § 2 (6) BBauG ausgelegt vom 16.12.1968 bis 16.1.1969. Die Änderung wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 15.1.1969 beschlossen.

Gemeinde Limbach, den 20. 3. 1969.
Der Bürgermeister
[Signature]

Die Änderung wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

SAARLAND
Der Minister des Innern
- Oberste Landesbaubehörde -
IV-A-7-3823/69
Reu/Jo.

Saarbrücken, den 2. Juli 1969
Der Minister des Innern
Oberste Landesbaubehörde
Im Auftrag
[Signature]
Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am 26. 7. 1969 ortsüblich bekannt gemacht.

Gemeinde Limbach, den 28. 7. 1969.
Der Bürgermeister
[Signature]

DER LANDRAT DES KREISES SAARLUND
KREISBAUAMT - PLANUNGSTELLE

BEBAUUNGSPLAN
„KIRSCHHOLZSTRASSE“

GEMEINDE LIMBACH AUFTRAG SCHMELZ

Mastab: 1:500 Datum: 10.1.1966

Beauftragter: Herr Haas
KREISBAUÜBERINSPEKTOR

Gemeldet: MÜLLER

[Signature]
1. SAARL. KREISBAUAMT